



Interviews

Datum: 12. April 2024

Volker Wissing im Gespräch mit Barbara Schmidt-Mattern

Barbara Schmidt-Mattern: Jetzt ist er am Telefon mit uns verbunden, Bundesverkehrsminister Volker Wissing von der FDP. Wir erreichen Sie heute Früh in Italien. Schönen guten Morgen, Herr Wissing!

Volker Wissing: Guten Morgen! – Ich grüße Sie. – Ich bin gerade beim G7-Verkehrsministertreffen in Mailand.

Schmidt-Mattern: Genau, und derweil haben Sie hier im Inland zuhause eine ordentliche Debatte ausgelöst mit Ihrem Schreiben. Ziel erreicht?

Wissing: Ich habe den Bürgerinnen und Bürgern die Wahrheit gesagt, denn diese Sektorbetrachtung führt dazu, dass wir 22 Millionen CO₂-Äquivalente sofort einsparen müssen, und wir sind in dem Fall alle Bürgerinnen und Bürger, die betroffen sind von Autoverkehr, von Lieferverkehren, im Grunde genommen jede und jeder von uns, und diese 22 Millionen Tonnen Einsparung, die erreicht man nicht mit einem Tempolimit oder mit sonstigen Maßnahmen, sondern so große Mengen kann man ad hoc nur mit dem Verzicht auf das Auto und den LKW einsparen. Und selbst ein Tag Fahrverbot am Wochenende würde nur etwa die Hälfte der Einsparverpflichtungen bringen, so dass wir zwei Tage pro Woche dauerhaft und unbefristet verzichten müssten, und das darf man sich nicht länger schönreden, denn es gibt erste Urteile, die dazu verpflichten, und man kann nicht einfach Recht in die Welt setzen und es dann ignorieren und sich weigern, das Recht zu ändern, wenn so etwas droht, was ich jetzt sehr sachlich dargestellt habe.

Schmidt-Mattern: Nun sagen Sie, ein Tempolimit, damit lässt sich nichts ändern an dem hohen CO₂-Ausstoß. Das wäre sicherlich nicht die einzige Maßnahme, aber darauf kommen wir gleich noch mal zu sprechen. Bleiben

wir einen Moment bei dem Punkt Fahrverbote. Da erwidern die Grünen jetzt, das steht als Maßnahme gegen den zu hohen CO₂-Ausstoß gar nicht drin im Klimaschutzgesetz.

Wissing: Im Klimaschutzgesetz steht drin, dass wir sektorbezogen CO₂-Einsparungen bringen müssen, und die Zahlen des Umweltbundesamtes sagen in der Projektion für dieses Jahr, dass wir sofort 22 Millionen Tonnen Äquivalente an CO₂ reduzieren müssen. Das geht nur mit dem Verzicht auf das Autofahren an zwei Wochentagen. Das sind die Fakten, die Zahlen des Umweltbundesamtes und der Gesetzestext bei Sektorbetrachtung, und man kann nicht hergehen und kann sagen, wir wollen einerseits die Sektorbetrachtung aufrechterhalten, und andererseits dann den Leuten erzählen, das habe aber keine Auswirkungen auf die Verwendungsmöglichkeit des Autos. Deswegen habe ich jetzt den Menschen mal gesagt, worum es hier geht, damit die Bürgerinnen und Bürger auch wissen, wer für was steht in Deutschland.

Schmidt-Mattern: Aber, Herr Wissing, lassen Sie uns das gerne noch einmal klarstellen. Sie stellen Fahrverbote in Aussicht, eine Nachricht, die ja wirklich durchaus viele Bürgerinnen und Bürger beunruhigen dürfte, zumindest diejenigen, die Auto fahren.

Wissing: Ja, weil das auf die Menschen zukommt, wenn die Grünen sich durchsetzen.

Schmidt-Mattern: Der Punkt ist angekommen, den Sie da machen, oder diese Sichtweise. Aber Sie hätten dafür gar keine gesetzliche Grundlage? Habe ich das richtig verstanden?

Wissing: Nein, das haben Sie falsch verstanden, sondern das geltende Klimaschutzgesetz zwingt, sektorbezogen CO₂-Werte einzuhalten, und das Umweltbundesamt hat projiziert, dass wir im Verkehrssektor 22 Millionen

Tonnen zu viel emittieren in diesem Jahr. Wenn man sektorübergreifend vorgeht, so wie das Kabinett übrigens auch mit den Stimmen der Grünen das beschlossen hat, dann halten wir die Klimaschutzziele ein. Bei Sektorbetrachtung müssen 22 Millionen Tonnen Äquivalente runter und ich kenne keinen Vorschlag, mit dem man das erreichen kann, außer mit Fahrverboten. Und ich habe mal ausrechnen lassen, ob ein Tag in der Woche ausreicht, und dem ist nicht so. Es müssten zwei Tage pro Woche sein und genau das kommt auf die Menschen zu. Diejenigen wie Greenpeace und die Grünen, die immer sagen, das Klimaschutzgesetz muss aber so bleiben wie es ist, die mögen jetzt erschrocken sein von den Konsequenzen ihrer Politik, aber man kann sich der Realität nicht einfach entziehen, und vor allen Dingen muss man den Bürgerinnen und Bürgern klar sagen, worum es hier geht, und dann müssen die Menschen entscheiden, ob sie das wollen oder nicht.

Schmidt-Mattern: Jetzt haben Sie diesen Stein ins Wasser geworfen. Wie lässt er sich denn jetzt wieder rausholen? Das ist ja beileibe nicht der einzige Konflikt, wo Sie und Ihre Ampel-Partner über Kreuz liegen. Wie wollen Sie da zusammenkommen, nachdem Sie die Grünen jetzt regelrecht verärgert haben?

Wissing: Ich wollte niemanden verärgern, sondern ich wollte den Bürgerinnen und Bürgern mal die Sache transparent machen, weil ja auch die Medien immer wieder den Eindruck erwecken, man könne mit einem Tempolimit von 130 in irgendeiner Weise das Problem nach dem Klimaschutzgesetz lösen. Außerdem wird immer davon gesprochen, irgendein Sektor müsste irgendwas tun. Nein, nein, es sind die Bürgerinnen und Bürger, die durch Verzicht auf Mobilität, den Verzicht des Nutzens des Autos, natürlich mit staatlicher Verpflichtung im Hintergrund aufgrund des Klimaschutzgesetzes, diese Einschränkungen hinnehmen müssten, und irgendjemand muss ja mal Transparenz schaffen. Ich freue mich, wenn das jetzt auch durch die mediale Berichterstattung den Bürgerinnen und Bürgern endlich klargemacht wird.

Schmidt-Mattern: Zur Transparenz gehört ja auch, dass der Verkehrssektor, das Ressort, für das Sie seit mehreren Jahren verantwortlich sind, ...

Wissing: Entschuldigen Sie bitte, wenn ich das korrigieren darf. Der Sektor sind die Bürgerinnen und Bürger, die Autofahren, und die Menschen, die im Supermarkt einkaufen, weil die Waren dort mit dem LKW hingebbracht werden. Wir müssen aufhören von dieser Abstraktion. Die Menschen müssen wissen, dass sie betroffen sind.

Schmidt-Mattern: Das ist doch eigentlich sehr konkret, das Klimaschutzgesetz, das in seiner ursprünglichen Form vorgesehen hat, jedes Ministerium – ich nenne es jetzt einfach mal so -, der Verkehrsbereich, für den Sie zuständig sind, ist dafür verantwortlich, einen bestimmten Wert an Treibhausgasen einzusparen. Ihr Ressort, der Verkehr, fällt da seit Jahren durch. Experten sprechen von Ihrem Verkehrsbereich als Sorgenkind. Wollen Sie von diesem Status quo einfach nur ablenken mit Ihrem Szenario eines Fahrverbotes?

Wissing: Wenn ich ablenken wollte, würde ich ja nicht so aktiv Klimaschutz betreiben. Ich habe das Deutschland-Ticket eingeführt. Ich habe das größte Sanierungsprogramm für die Bahn auf den Weg gebracht. Wir haben ein riesen Programm, um die Ladesäulen-Infrastruktur auszubauen. Ich kämpfe für Klimaschutz, aber ich sage den Leuten gleichzeitig die Wahrheit. Dieses Klimaschutzgesetz führt dazu, dass die Bürgerinnen und Bürger das Auto nicht mehr an sieben Tagen der Woche nutzen können, und dass wir Probleme mit den Lieferketten bekommen werden, weil wir auch nicht LKW fahren können, wenn wir ad hoc 22 Millionen Tonnen CO2 einsparen müssen. Wir müssen die Dinge konkret machen. Es geht hier nicht um einen Sektor; es geht um die Autofahrerinnen und Autofahrer. Es geht um die Menschen, die im Supermarkt einkaufen, die Waren dort vorfinden wollen und auch vorfinden müssen. Die Abstraktion muss weg. Das ist nicht easy, 22 Millionen Tonnen CO2 einzusparen, und das muss auch nicht ein Ministerium leisten oder ein anonymer Sektor. Es geht um die

Menschen in diesem Land und das ist keinem zu vermitteln, dass, wenn man die Klimaschutzziele einhält, man wegen einer Gesetzessystematik trotzdem nicht Autofahren darf. Das ist genau der Punkt.

Schmidt-Mattern: Das hat, glaube ich, auch niemand gesagt, dass das easy ist, Herr Minister. Aber ich liste Ihnen noch mal auf, wie viele Maßnahmen es in Ihrem Sektor gäbe. Tut mir leid, ich muss es leider so sagen.

Wissing: Aber dann sagen Sie bitte gleich den Bürgern dazu, wie viele Tonnen man damit einsparen kann. Dann können die nämlich ausrechnen, ob man auf 22 Millionen Tonnen kommt.

Schmidt-Mattern: Ich liste Ihnen mal auf. Sie könnten klimaschädliche Subventionen abschaffen. Sie könnten die Pendlerpauschale streichen.

Wissing: Einsparungen in Tonnen? Bitte sagen Sie das mal dazu.

Schmidt-Mattern: Darf ich bitte auch kurz ausreden?

Wissing: Aber Sie erwecken jetzt den Eindruck, mit der Liste, die Sie machen, dass man damit 22 Millionen Tonnen einsparen kann. Und wissen Sie, wir müssen aufhören, den Leuten so etwas zu erzählen. Das ist einfach nicht richtig. Wenn Sie 22 Millionen Tonnen ad hoc einsparen wollen, dann müssen Sie auf die Emissionen verzichten. Da reicht nicht irgendetwas mit der Art der Besteuerung von Dienstwagen aus oder sonst was.

Schmidt-Mattern: Geben Sie mir bitte die Gelegenheit, Herr Wissing, auch noch eine Frage zu stellen.

Wissing: Ja, dürfen Sie. Aber mich ärgert wirklich diese ständige Verwischung, weil die Menschen wissen schon gar nicht mehr, worum es geht, weil immer von Sektoren gesprochen wird und schädlichen Subventionen.

Schmidt-Mattern: Aber wenn ich jetzt nicht dazu komme, Fragen zu stellen, dient das, glaube ich, auch nicht der Aufklärung in der Sache. – Ich möchte gerne einen letzten Punkt noch machen und das ist die Elektromobilität, wo China uns gerade den Rang abläuft und mit massiven Subventionen und Kaufprämien E-Autos auf den Markt wirft, während die deutsche Autoindustrie in der kompletten E-Auto-Krise steckt. Sie reisen in den kommenden Tagen nach China. Könnte das chinesische E-Auto die deutsche Verkehrswende retten?

Wissing: Nein! Wir müssen in Deutschland selbst in der Lage sein, unsere Ziele, die wir uns stecken, auch zu erreichen. Wie Herr Habeck neulich ja zurecht gesagt hat, schaffen wir unsere Klimaschutzziele. Wir haben nur ein Klimaschutzgesetz, das einfach schlecht gemacht ist, das damals von CDU/CSU und SPD auf den Weg gebracht worden ist und das so schlecht gemacht ist, dass es dazu führt, dass wir Maßnahmen ergreifen müssen, obwohl sie zur Erreichung der Klimaschutzziele nicht erforderlich sind. Das ist alles, worum es mir geht. Wir müssen Klimaschutz konsequent vorantreiben. Wir müssen die Technologien weiterentwickeln, übrigens auch technologieoffen. Wir müssen synthetische Kraftstoffe nutzen, Wasserstoff nutzen, die Elektromobilität vorantreiben und so weitermachen, dass wir auch die Bahn auf Vordermann bringen, so wie ich es tue.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.